

Wir brauchen ein ambitioniertes globales Plastikabkommen

Die Plastikkrise ist global. Einwegprodukte aus Kunststoff und nicht essenzielle Plastikprodukte sind zum Symbol des modernen Lebens geworden und genießen als Lifestyle-Produkte weltweit immer mehr Bedeutung.

Doch die Produktion von Kunststoff und Kunststoffprodukten verbraucht enorme Mengen an Ressourcen, verschmutzt die Umwelt, erzeugt nicht mehr beherrschbare Mengen an Müll und macht krank. Überall sind Menschen, teils an gefährlichen Arbeitsplätzen, in der Produktion und Verarbeitung von Kunststoffen für den Weltmarkt beschäftigt. Entlang der gesamten Lebenszyklus sind Menschen gefährlichen Chemikalien ausgesetzt, die in den Produktions- und Entsorgungsprozessen entstehen, oder gezielt eingesetzt werden, um dem Material seine Eigenschaften zu verleihen.¹ Prognosen gehen davon aus, dass sich die Plastikproduktion in den nächsten 15-20 Jahren noch einmal verdoppeln wird.² Auch Kunststoffabfälle werden weltweit gehandelt und verschifft, was in den Empfängerländern teils gravierende Konsequenzen für die Ökosysteme und die Gesundheit der Menschen hat.³ In die Umwelt freigesetzte Kunststoffe werden mit Meeresströmungen und Wind in jeden Winkel der Erde transportiert, mit negativen Folgen für die biologische Vielfalt.⁴ Treibhausgase aus der ressourcenintensiven Produktion und Entsorgung reichern sich überdies zunehmend in der Atmosphäre an und tragen signifikant zur globalen Klimaerwärmung bei.^A

Die bisher bestehenden internationalen Vereinbarungen zur Kunststoffproblematik sind höchst fragmentiert und nicht ausreichend. Gegen den landseitigen Eintrag in

internationale Gewässer, wie etwa über die Flüsse, greifen zum Beispiel bisher keine verbindlichen internationalen Regulierungen. Es wird zunehmend klarer, dass das Problem nicht auf nationaler oder regionaler Ebene allein gelöst werden kann. Freiwillige Initiativen, Selbstverpflichtungen und Maßnahmen einzelner Staaten oder der Wirtschaft sind zwar begrüßenswert, haben aber bisher weder dazu geführt, dass die weltweit boomende Plastikproduktion und der Plastikkonsum sinkt, noch verhindern können, dass immer größere Mengen von Kunststoffabfällen in die Umwelt gelangen. **Was daher auf globaler Ebene dringend benötigt wird, ist ein rechtsverbindliches, internationales Abkommen, das weltweit Staaten auf das gemeinsame Ziel verpflichtet, die Plastikverschmutzung über den gesamten Lebenszyklus von Plastik zu beenden, die Plastikproduktion zu reduzieren, den Eintrag von Kunststoffen in die Umwelt zu stoppen, die von Kunststoffen ausgehenden Gesundheitsrisiken entlang des gesamten Lebenszyklus einzudämmen, die negativen Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität zu minimieren und die Menschenrechte und die Umweltgerechtigkeit für betroffene Gemeinschaften und Individuen herzustellen.**

UNEA-Mandat für ein globales Plastikabkommen

Im März 2022 verabschiedete die Internationale Umweltministerkonferenz in ihrer Resolution UNEA 5/14 ein Mandat um einen internationalen Verhandlungsprozess (International Negotiation Committee, INC) zu einem rechtlich bindenden Plastikabkommen zu starten. Das Mandat umfasst unter anderem folgende Punkte:

- Rechtlich bindendes „instrument“ zur Regulierung von Plastikverschmutzung,

^A Allein in der EU macht die Plastikproduktion 37,6% des industriellen Öl- und 21,9% des industriellen Gasverbrauchs aus, siehe BFFP/CIEL (2022): [Winter is Coming: Plastic has to go](#). Global betrachtet verbraucht der Plastik-Lebenszyklus 10-13% unseres verbleibenden CO₂-

Budgets, um die Erderhitzung bis 2050 auf 1,5 Grad zu begrenzen, siehe CIEL et al. (2019): [Plastic & Climate: The hidden costs of a plastic planet](#).

einschließlich „marine environment“, kann rechtlich bindende und freiwillige Ansätze enthalten

- Umfassender Ansatz, adressiert den gesamten Lebenszyklus von Plastik
- Formulierung der Ziele („objectives“) des Abkommens
- Förderung von nachhaltiger Produktion und Gebrauch, Produktdesign, Abfallbehandlung, Ressourceneffizienz
- Förderung nationaler und internationaler Kooperation zur Reduzierung der Plastikverschmutzung der Meere
- Entwicklung nationaler Aktionspläne, auch zur Prävention, Reduzierung und Eliminierung der Plastikverschmutzung
- Regelmäßige Fortschrittsberichte zur Implementierung und Effektivität des Abkommens
- Wissenschaftliche und ökonomische Auswertungen
- Bewusstseinsbildung, Bildung und Informationsaustausch
- Kooperation mit anderen Konventionen und multilateralen Umweltabkommen („MEAs“=Multilateral Environmental Agreements), keine Doppelung von bestehenden globalen Regulierungen
- Ermutigung von gemeinsamen Aktionen verschiedener Stakeholder
- Spezifizierung von „capacity building“ und „technical and financial assistance“

Unsere Forderungen an ein ambitioniertes globales Plastikabkommen

Reduktionsziele für die Plastikproduktion

Es bedarf klarer Reduktionsziele für die Produktion von Neu-Plastik und für den Kunststoffeintrag in die Umwelt. Prävention muss ein wichtiger Bestandteil des Abkommens sein. Ein „weiter so“ ist nicht möglich, insbesondere angesichts der aktuellen Prognose, dass sich die Plastikproduktion alle 15-20 Jahre verdoppeln wird⁵, womit auch der Ressourcenverbrauch und der Plastikabfall ansteigen sowie die Menge der zur Anwendung kommenden oder nicht intendierten

schädlichen Chemikalien. Das Abkommen muss verbindliche Reduktionsziele für die Produktion von Neu-Plastik enthalten, die in nationale Aktionspläne überführt werden und dort überprüfbar umgesetzt werden sollten. Außerdem sollte es Zielwerte für nationale Wiederverwendungs- und Recyclingquoten sowie für den Einsatz von Kunststoffzyklaten vorgeben, unter der Voraussetzung, dass diese schadstofffrei sind.

Phase-out von gefährlichen Chemikalien in Plastikmaterialien und -produkten

Plastikmaterialien und -produkte sollten keine gefährlichen Chemikalien wie endokrine Disruptoren (EDCs), krebserregende-, erbgutschädigende oder reprotoxische Stoffe (CMRs), persistente oder bioakkumulative Stoffe, Nanomaterialien, Schwermetalle, etc. enthalten. Dies dient einer sicheren Kreislaufwirtschaft, in der keine Schadstoffe weiterrecycelt werden. Dies dient auch dem Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit, da diese gefährlichen Chemikalien im Zusammenhang mit Krankheiten wie Krebs, Entwicklungsstörungen, Fortpflanzungsstörungen, Diabetes etc. stehen. Mehr als 6.000 Chemikalien werden aktuell in Kunststoffen gefunden, davon sind mindestens 1.500 Stoffe schädlich.⁶

Transparenz von Inhaltsstoffen

Um eine schadstofffreie Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen, ist die Transparenz von gefährlichen Chemikalien in Plastikmaterialien entlang des gesamten Lebenszyklus' von entscheidender Bedeutung. Diese Informationen müssen für alle verständlich und frei zugänglich sein, inklusive für Regulator*innen, Konsument*innen und Nutzer*innen in der nachgelagerten Produktionskette. Das Abkommen muss bindende, harmonisierte Berichtsanforderungen enthalten, die Informationen über Inhaltsstoffe, Polymere, Additive und Verarbeitungshilfen von Plastik und Plastikprodukten für alle zugänglich machen.

Robuster Finanzierungsmechanismus

Der Schlüssel zum Erfolg und zur Wirksamkeit des Vertrags wird ein solider Finanzierungsmechanismus sein, am besten in Form eines multilateralen Funds. Nur mit einem gut ausgestatteten Finanzierungsmechanismus können alle Parteien, insbesondere Länder aus dem Globalen Süden, die Umsetzung und die Verpflichtungen aus dem Vertrag gleichermaßen erfüllen. Im Sinne des Verursacherprinzips muss die Kunststoffindustrie wesentlich zu diesem Finanzierungsmechanismus beitragen. Der finanzielle Beitrag der Industrie sollte nicht an Bedingungen geknüpft sein, sondern z.B. in Form eines jährlichen Beitrags aus dem Umsatz der Branche aus bestimmten Produkten bestehen. Darüber hinaus sollte der Finanzierungsmechanismus für alle Interessengruppen zugänglich sein, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen, die an der Umsetzung des Vertrags arbeiten.

Nationale Aktionspläne zur Umsetzung und Implementierung

Verbindliche nationale Aktionspläne zur Erreichung der Ziele des Abkommens sind unverzichtbar. Sie sollten neben Reduktionszielen auch nationale Berichtspflichten sowie Compliance Mechanismen enthalten. Außerdem sollten sie die Drosselung der Produktion, Vermeidungs- und Mehrweg-Strategien unterstützen, z.B. durch begünstigende Infrastruktur, Anreize, Bereitstellung von Ressourcen und Kontrollmaßnahmen. Die Erweiterung der Produzentenverantwortung (EPR) bei der Herstellung und dem Inverkehrbringen von Kunststoffen sollte in den nationalen Aktionsplänen und nationaler Gesetzgebung verankert werden, so dass international Mehrweg- und Pfandsysteme und die Systeme der Abfall- und Kreislaufwirtschaft gestärkt werden.

Vorsicht vor falschen Lösungen

Das globale Plastikabkommen darf nicht als Plattform für falsche Lösungen missbraucht werden.⁷ Wir können uns nicht aus der Plastikkrise heraus recyceln. „Advanced“ oder

chemisches „Recycling“ sind keine umwelt-, gesundheits- oder ressourcenfreundlichen Lösungen. Auch „Bio-“Plastik, also biologisch abbaubares oder biobasiertes Plastik, verbraucht Ressourcen, kann weiterhin gefährliche Additive enthalten und Probleme entlang der gesamten Lebenszyklus bereiten. Recyceltes Plastik enthält in der Regel die gleichen schädlichen Additive und kontaminiert Plastikprodukte im weiteren Lebenszyklus. Außerdem sollte das Abkommen sämtlichen Formen von Greenwashing entgegenwirken.

Sichere und ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft muss schadstofffrei, ressourcenschonend und klimafreundlich sein. Daher ist es wichtig, dass mit oberster Priorität weniger Produkte und Materialien produziert werden, also auf Vermeidung und Wiederverwendung gesetzt wird. Produkte sollen entsprechend kreislauffähig designed werden, so dass sie keine Schadstoffe enthalten, wenig Energie und Ressourcen in der Herstellung benötigen, langlebig und reparaturfähig sind, häufig zum gleichen Zweck wiederverwendet werden können, Abfall vermeiden oder sogar ganz ohne Plastik auskommen. Um „toxisches“ Recycling zu verhindern, müssen alle Recyclingmaterialien den gleichen Anforderungen hinsichtlich Chemikalien entsprechen wie Neumaterialien. Ein lückenloser Produktpass und global harmonisierte Anforderungen an die Transparenz von chemischen Inhaltsstoffen in Plastikmaterialien und -produkten müssen verpflichtend sein. Das Abkommen sollte auch die Unterbindung des Abfallexports in Länder ohne hochwertiges Recycling durch Koordinierung aller internationalen Aufgaben in bestehenden plastikrelevanten multilateralen Umweltabkommen („MEAs“) sicherstellen.

Just Transition und Menschenrechte

Im Sinne einer „Just Transition“ muss das Plastikabkommen wirtschaftlich stärkere Vertragsländer verpflichten, schwächere Länder

nachhaltig und planbar sowie finanziell und technisch bei der Entwicklung von Lösungsansätzen und der Zielerreichung unterstützen. Das gilt ebenso für betroffene Arbeiter*innen, inklusive des informellen Sektors (bspw. Waste-Pickers). Vulnerable Gruppen wie (schwängere) Frauen, Kinder und Gruppen, die einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, Arbeiter*innen, marginalisierte Gruppen und Anwohner*innen petrochemischer Anlagen sind besonders zu berücksichtigen und zu schützen. Das Plastikabkommen muss dem Menschenrecht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt gerecht werden und einen rechtsbasierten Ansatz anwenden. Dabei sollten Verschmutzer nicht die gleichen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten bei den INC-Verhandlungen haben, wie andere Stakeholder. Die Teilnahme von Plastikherstellern in den Verhandlungen sollte entsprechend beschränkt werden. Die WHO wendet diese Vorgabe bereits an und schließt die Tabakindustrie aus Verhandlungen zum Thema aus.

Exit Plastik setzt sich auf nationaler und EU-Ebene für ein ambitioniertes Plastikabkommen ein. Gleichzeitig engagieren sich unsere Mitgliedsorganisationen im INC-Verhandlungsprozess von UNEP.

Weitere Informationen

Exit Plastik und Exit Plastik Mitglieder

Exit Plastik Website zum Plastikabkommen
 HEJSupport, Plastic Treaty: NGO call on transparency requirements; Paper "Global Plastics Treaty – transparency requirement for chemical constituents in plastic is a must"
 HEJSupport, SSNC, groundwork: Submission to INC2
 HEJSupport Bericht INC1
 HEJSupport Artikel zu INC1

Heinrich Böll Stiftung: Globale Plastikverschmutzung stoppen
 HEAL/ WECF (Übersetzung), 2022: Die Plastikflut stoppen

Position der EU

EU Submission für INC2
 13/12/2022 Council Conclusions on International Ocean Governance, Para. 44
 12/07/2022 Commission Recommendation for a Council Decision authorising the opening of negotiations on behalf of the EU for an international agreement on plastic pollution
 07/03/2023 French delegation's note to Council on Second Session of the Negotiating Committee of the Treaty on Plastic Pollution Intergovernmental
 09/03/2023 Council Conclusions, Para. 12



Impressum:
 © 2023

**Exit Plastik –
 Wege aus der Plastikkrise**
 c/o HEJSupport e.V.
 Von-Ruckteschell-Weg 16
 85221 Dachau
 Germany

info@exit-plastik.de
 Twitter & Instagram: @exitplastik

V.i.S.d.P.: Carla Wichmann

¹ CIEL et al. (2019): Plastic & Health: The hidden costs of a plastic planet

² Leber (08.03.2020): Fossil fuel companies are counting on plastics to save them

³ Environmental Investigation Agency (2021) The Truth Behind Trash: The scale and impact of the international trade in plastic waste

⁴ Meyer, Bergmann & Lutz (2023): Where does Arctic beach debris come from? Analyzing debris composition and provenance on Svalbard aided by citizen scientists.

⁵ Leber (08.03.2020): Fossil fuel companies are counting on plastics to save them

⁶ Aurisano, Weber & Fantke, (2022): Enabling circular economy for chemicals in plastics. Current opinion in green and sustainable chemistry

⁷ Exit Plastik (2022): Scheinlösungen zur Plastikkrise | Factsheet